

„Unternehmen sind auch einer Standortmoral verpflichtet. Das ist ein ethisches Problem.“

So Franz Müntefering, z. Zt. Vorsitzender der SPD, im Gespräch mit der Westfälischen Rundschau vom 26.06.2004

„Ethisches Problem“ oder Machtfrage: Der Siemens-Konzern führt Klassenkampf von oben

Am 18. Juni demonstrierten bundesweit 25.000 Siemens-Beschäftigte und IG-Metaller gegen die Erpressungsmanöver des Siemens-Konzerns.

In Dortmund unterstützten auf Anfrage der IG-Metall Mitglieder des Linken Bündnis die Protestdemonstration mit ihrem „Bonzen-Auftritt“, der schon auf der DGB-Demo am 1. Mai großen Anklang gefunden hatte: Die falschen Unternehmer demonstrierten für Sozialabbau, für mehr Rüstung, für die Beseitigung von Arbeitnehmerrechten, für Hartz und Co.

Aber wie so oft – die Realität holt die Satire ein: Das Erpressungsszenario des Konzerns, der 2003 übrigens einen Gewinn von 2,4 Milliarden • erzielte, ging auf: Um zwei Jahre lang weiterhin Arbeit zu haben, müssen mehr als 4.000 Siemens-Beschäftigte bei verlängerter Arbeitszeit auf bis zu 22% ihres Lohns verzichten.

Nicht nur Stoiber spricht von einem „Zukunftsmodell“. Die Offensive der



Die Realität holt die Satire ein ...

Arbeitgeber gegen Tarifverträge, für Dumpinglöhne, für Arbeitszeitverlängerung und Flexibilisierung hat längst begonnen.

Zur Erinnerung: Wie heisst es im „Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (von 1863):

„Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will!“

Schnee von gestern? Ach was. Es ist an der Zeit...

D. V.

Ulrich Sander, Oberbürgermeisterkandidat des Linken Bündnis Dortmund:

„Wir müssen alles tun, um Dortmund wieder zu einer Stadt des Friedens, der demokratischen Wachsamkeit, des Antifaschismus und der Solidarität zu machen.“

Im Gespräch mit dem Rundbrief stellt Ulrich Sander seine politische Arbeit und seine Ziele vor.

Rundbrief: Du bist bekannt als engagierter Antifaschist und Antimilitarist. Du machst hartnäckige Aufklärungsarbeit über faschistische Traditionen in der Bundeswehr und über kriegerische Zukunftspläne. Du hast Dich für die Entschädigung der Zwangsarbeiter eingesetzt. Mit wel-

chen Aufgaben und Projekten befasst Du dich zur Zeit?

Ulrich Sander: Zur Zeit befasse ich mich ernsthaft mit der Kandidatur als Oberbürgermeister. Dabei geht es ja zunächst darum, Kriterien für das zu erarbeiten und bekannt zu machen, was ein Oberbürgermeister machen sollte.

Wenn es dann zu einer Stichwahl kommt, täte die Linke gut daran, diese Kriterien bei der endgültigen Wahl des Oberbürgermeisters anzulegen.

Und ansonsten befasse ich mich damit, zur Vorbereitung des 60. Jahrestages der Befreiung Deutschlands von Krieg und Faschismus beizutragen.

gen und konkret mein Buch „Mord im Rombergpark“, das bisher in vielen Schulen mit Erfolg eingesetzt wurde, neu und überarbeitet herauszubringen.

Und drittens will ich meine Arbeit in der VVN-BdA nicht vernachlässigen. Dabei geht es darum, zu helfen, dass die Nazis und Neonazis sich nicht – die Krise des kapitalistischen Systems nutzend – weiter ausbreiten können. Und es geht darum, die Aufklärungsarbeit über die Verbrechen der Wehrmacht fortzusetzen, also die Erinnerungsarbeit zugunsten der Zukunftsgestaltung.

In diesem Zusammenhang hast du ja einige sehr unangenehme Erfahrungen machen müssen ...

Das kann man wohl sagen. Am 3. Dezember 2003 fand eine Hausdurchsuchung in unserer Wohnung und in meinem Büro bei der VVN-BdA in Wuppertal statt. Dabei wurde mein Computer vorübergehend beschlagnahmt. Alle Dateien, die Manuskripte zu meinen neuen Büchern, die Daten der VVN-BdA, alles wurde behördlich kopiert. Bei Recherchen in der Zeitschrift „Gebirgstruppe“ hatten einige Kollegen und ich rund 200 Namen von möglichen Mittätern bei den Morden der Wehrmacht in Griechenland gefun-

zur Person:

Ulrich Sander

geb. am 11.03.41 in Hamburg,
verheiratet, zwei Söhne, zwei Enkelkinder,
Verlagskaufmann, Redakteur und freier Journalist,
seit 2002 erwerbslos,

Buchautor zu Fragen des Antifaschismus,
Militarismus und demokratischer Bewegungen,
Landessprecher
der Verfolgten des Naziregimes/VVN-BdA,
Mitorganisator des 1. deutschen Ostermarsches,
Mitglied der DKP, Mitglied von ver.di
und der Deutschen Journalisten-Union

den, die ich dann bei den Staatsanwaltschaften benannt habe. Doch die Staatsanwaltschaft ermittelt nur zögerlich gegen die möglichen Täter, sie ermittelt aber sehr entschlossen gegen mich, den Rechercheur. Und zwar aufgrund gefälschter Unterlagen, die der Staatsanwaltschaft von alten Mi-

litaristen und Nazis aus Bayern zugesandt wurden.

Was ist der aktuelle Stand in diesem Verfahren?

Die Unterlagen der VVN-BdA und mein antimilitaristisches Archiv sind offenbar als Kopie an diverse Geheimdienste gegangen, wurden mir aber nicht zurückgegeben. Dagegen klage ich nun vor dem Bundesverfassungsgericht. Zudem warte ich auf die Anklage gegen mich, die sich die Staatsanwaltschaft aber offenbar nicht zutraut.

Welche Absichten, vermutest du, stecken hinter solchen Aktionen?

Es steckt dahinter der Wille, jede Kritik an der Ausbreitung von Faschismus und Neonazismus zu unterdrücken und auch rechtste Optionen offenzuhalten. Fürs deutsche Image macht der Kanzler in Reue und beklagt am D-Day-Gedenktag in Frankreich die Opfer von Oradour. Gleichzeitig wird die Entschädigung der Opfer und die Bestrafung der Täter verweigert.

Für diese Politik sind Menschen wie du natürlich unbequem.

Lass uns mal auf die Kommunalwahl kommen. Du trittst für das Linke Bündnis Dortmund zur Wahl des Oberbürgermeisters an und man darf ja mal träumen –

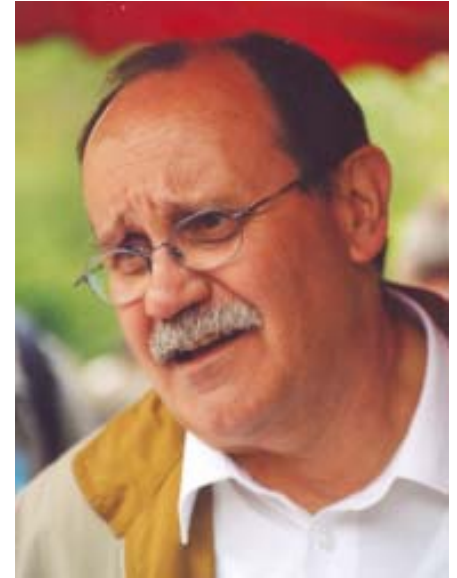
woran würden die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Beschäftigten der Stadt spüren, dass ein linker Wind durchs Rathaus weht?

Also eins würde es nicht geben, dass sich die Fraktionen mit dem Oberbürgermeister darüber zanken, wer am meisten die Opfer der Agenda 2010 betrogen hat, um in den Kommunen mehr Geld und

Kompetenz zum Beschiss an den Armen zu erlangen.

Auch darf nicht sein, dass städtische Bedienstete zu Feinden der kleinen Leute werden. In der Sozialverwaltung darf nicht der belohnt und befördert werden, der die meisten Gelder bei den Bürgern einspart, sondern wer ver-

sucht, bestehende Notlagen zu beseitigen. Das lässt sich aber nur verwirklichen, wenn auch die Arbeitsbedingungen für die städtischen Bediensteten verbessert werden und der Arbeitsdruck verringert wird. Also: Neue Stellen und Ausbildungsplätze müssen geschaffen werden.



Vor allem aber: Verwaltung und Rat würden nicht vor den Unternehmen kuschen, wie es jetzt der Fall ist, sondern sich den Wählerinnen und Wählern verpflichtet fühlen.

Zurück zur Realität. Dass du wirklich OB der Stadt Dortmund wirst, ist ja trotz deiner politischen und persönlichen Qualifikationen eher unwahrscheinlich. Warum also sollte man Dich wählen?

Zunächst mal sollte man mich wählen, weil man sonst ja niemanden wählen kann. Und gar nicht zu wählen, wäre sowieso ganz falsch.

Sodann sollte man damit eine Stärkung des Linken Bündnisses im Rat wie auch in den Bezirksvertretungen, aber vor allem auch der Bewegungen außerhalb des Rathauses verbinden. Im Wahlkampf erleben wir doch jetzt alle möglichen Kandidatinnen und Kandidaten, von denen man fünf Jahre nichts gehört hat, und die machen dann ihre Vorschläge, was alles zu tun wäre. Das Linke Bündnis, mit dem zusammen ich auch nach der Wahl arbeiten werde, das war immer präsent. Bei den Aktionen gegen Sozialabbau, für Frieden und Demokratie, gegen Nazis, da war das Linke Bündnis dabei. Und so wird es bleiben.

In Zeiten des Wahlkampfes werden die „etablierten“ Parteien von IHK, Gewerkschaften, Kirchen, Jugendring, Kulturrat u.a. in Diskussionsrunden und mit „Wahlprüfsteinen“ zu ihren Positionen befragt. Wurdest Du als OB-Kandidat des Linken Bündnisses ebenfalls angesprochen?

Durchaus, manchmal auch nicht. Aber meine Freunde vom Linken Bündnis und ich, wir mischen uns ein, ob mit oder ohne Einladung. Wir stellen fest: Bei vielen wächst das Interesse an dem, was wir zu sagen haben. Und die, die uns nicht dabei haben wollen bei ihren Podiumsdiskussionen und ihren Veranstaltungen, die nehmen uns natürlich sehr wohl ernst, und deshalb, statt sich mit unseren Ideen zu messen, wird die Linke dann ausgegrenzt. Das hat ja Tradition.

Ich sehe das so: Wir bieten das Linke Bündnis als Plattform zur Interessenvertretung inner- wie außerhalb des Rates und der Bezirksvertretungen an. Denn es ist nicht zu übersehen: Kommunal, aber auch bundesweit, herrscht ein Parlamentarismus, der von Demokratie entleert ist. Z.B. wollte keiner die Agenda 2010, nur die Wirtschaft wollte sie. Und sie wird durchgesetzt von der Regierung, gegen die Bürger. Allein durch Wahlen ist natürlich nichts zu verändern, sondern nur durch so starke Bewegungen auf verschiedenen Ebenen, gegen die dann nicht mehr anzukommen ist von Seiten der Herrschenden.

Ein kleiner Blick auf den „privat-

ten“ Ulrich Sander: Deine „Zeit zu vertreiben“ hast Du ja vermutlich nicht nötig. Womit, außer eben mit Politik, beschäftigst du dich? Was macht dir Vergnügen?



Auch ein Vergnügen...

Da ist meine Jazzplattensammlung, die Sammlung von Büchern in möglichst alten Auflagen und die Mithilfe beim Hobby meiner lieben Frau Traute – in ihrem Kleingarten in Lütgendortmund.

Zu sehr schönen Erlebnissen zählen die Führungen von Schülerinnen und Schülern in der Gedenkstätte Steinwache und am Mahnmal in der Bittermark, und dann die Ausflüge mit meinen neun- und zehnjährigen Enkelkindern Hannah und Carla.

Zum Schluss: Angenommen, du würdest tatsächlich zum OB der Stadt Dortmund gewählt – wie sä-

hen deine ersten Amtshandlungen aus?

Ich würde einen grossen Teil meines Gehalts als Oberbürgermeister den Arbeitslosengruppen für ihre Arbeit zur Verfügung stellen und mit ihnen vor dem Verfassungsgericht gegen die gesetzlose Enteignung durch die Agenda 2010 streiten.

Innerhalb der Stadtverwaltung würde ich die 41 Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte abschaffen.

Sodann würde ich die Phönix-See-Pläne dahingehend ändern, dass in Hörde, dem Stadtteil mit dem zweithöchsten Sozialhilfeempfängeranteil in Dortmund, Einrichtungen für die kleinen Leute und nicht nur für Schicki-Mickis geschaffen werden, ausserdem eine Gedenkstätte für die dort ermordeten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und Jüdinnen.

Und ich würde die Unternehmermacht angreifen, die Macht derjenigen, die jetzt zum Beispiel in Sachen Phönix-West und -Ost sowie Bahnhof glauben schalten und walten zu können, wie sie wollen. Ich würde alles tun, damit wir einen soliden brauchbaren Hauptbahnhof bekommen. Wir hätten so etwas schon lange, wenn wir uns nicht ewig dies UFO-, 3do- und andere Leuchtturm-Märchen hätten erzählen lassen.

Da kann man nur sagen: Alles gute Gründe, am 26. September für dich und das Linke Bündnis zu stimmen. Vielen Dank für das Gespräch. Und viel Erfolg für deine politische Arbeit.

Die Fragen stellte Doris Vorderbrügge.

Kein Gerücht ...

Langemeyer lobt Schröders Sozialabbau-Kurs: „Agenda 2010 ohne Abstriche umsetzen“

Eine Meldung von dpa im Juni 2004 (die sich allerdings nicht in den Dortmunder Lokalmedien wiederfand): „Unterstützung des Kurses der Bundesregierung aus den Kommunen ist selten geworden. Auf einem Treffen mit SPD-Bürgermeistern wurde dem Bundeskanzler dieses Erlebnis zuteil. Die zwölf Stadtoberhäupter hätten Schröder darin bestärkt, „die Agenda 2010 ohne

Abstriche umzusetzen“, erklärte Regierungssprecher Bèla Anda nach dem Treffen vom Dienstagabend.

Zugleich hätten sie sich zur Umsetzung der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach dem Hartz-IV-Gesetz bekannt und erklärt, die Maßnahmen müssten wie geplant zum 1. Januar in Kraft treten. An dem Treffen nahm auch der Bürgermeister von Dortmund teil.“

Dazu Ulrich Sander, Oberbürgermeisterkandidat des Linken Bündnis Dortmund und selbst Opfer von Hartz IV:

Die Umsetzung von Hartz IV treibt Menschen in die Bedürftigkeit, selbst wenn sie, wie ich, 40 Jahre lang in die Versicherungssysteme eingezahlt haben. Das ist bösartig und unsozial, das ist eiskalte Enteignung.

Dagegen muss der Protest organisiert werden, auf der Straße wie an der Wahlurne.

Stellungnahme zur erneuten Offenlegung des Flächennutzungsplans von Wolfgang Richter „Möglichen Investoren wird die Stadt zu Füßen gelegt“

Es hatte massenhaft Bedenken und Anregungen gegen den Entwurf eines neuen Flächennutzungsplans für Dortmund gegeben. Das reichte von grundsätzlicher Kritik an Inhalten und Verfahren (wie der Stellungnahme des „Linken Bündnis Dortmund“ und anderer Kritiker/innen) bis hin zu vielen kleinteiligen Änderungsvorschlägen. Fast durchweg ist im verwaltungsinternen Abwägungsprozess abgeschmettert worden, was sich Bürger/innen und Experten/innen kritisch überlegt hatten. Alles sollte schnell und reibungslos gehen. Inzwischen haben die Fraktionen im Rat die Karten neu gemischt, die Grünen wollen nicht mehr, dafür will die CDU wieder, die SPD will immer, egal was kommt. Die wechselnden Mehrheiten signalisieren Konzept- und Ratlosigkeit der herrschenden Politik und die Auswechselbarkeit ihres Personals.

Vordergründig geht es um mehr oder weniger neue Flächen fürs Wohnen und fürs Gewerbe zulasten von Flächen fürs Grüne und um das weitere Sortieren der Flächen nach Qualitäten - eher Störendes in den Norden (z. B. Logistikflächen und -verkehre), eher Luxuriöses in den Süden (z. B. Phönixsee). Also nichts wirklich Neues für die Menschen in der Stadt.

Hintergründig geht es um einen Flächennutzungsplan, der die Gesamtstadt für die nächsten 15 Jahre auf das „dortmund-project“ ausrichtet. Dieses Projekt organisiert den Einsatz öffentlicher Mittel zugunsten privater Investoren und gilt als scharfe Waffe im Kampf um die Entwicklung des Standorts. Die Waffe ist zwar stumpf - der spekulative 10-Jahres-Plan von Politik und Verwaltung ist schon jetzt, zu seiner Halbzeit, weitgehend gescheitert, wie alle ökonomischen Kennziffern mitleidslos aussagen – sie wird aber unverdrossen weiter geschwungen. Auch **die fatalen sozialen Folgen der Agenda 2010 in der Stadt bleiben in der Planung nach wie vor unberücksichtigt.**

So ist der überarbeitete Plan im Grundsatz der alte geblieben, basierend auf den Durchhalteparolen des Planungsdezernenten und eines neoliberal radikalen Abbaus von Regelungen zugunsten privater Verfügungsmacht über die Ressourcen der Stadt. Möglichen Investoren wird die Stadt zu Füßen gelegt, sei es den Spekulanten über dem Hauptbahnhof – immer noch werden hier alle Einwände gegen die verkorkste Planung beiseitegewischt – oder sei es Renditesuchern in anderen ‘besten Lagen’ der Stadt zu selbstverständlich für sie besten Bedingungen.

Es soll nicht verkannt werden, dass einzelne sinnvolle Abänderungen im Plan erreicht werden konnten. Mehr aber nicht. **Die Gleichgültigkeit der Planung gegenüber den sozialen Problemen der Menschen ist unübersehbar geblieben. Armut, erst recht ihre dramatische Ausweitung in der Stadt, kommt im Plan und seiner Erläuterung nicht wirklich vor.** Gender-Politik, ein Mindern der Benachteiligung von Frauen, hatte es im Entwurf gar nicht gegeben, das wird nun im neuen Erläuterungsbericht als gegeben festgestellt, so einfach. Im Blick der Planung ist vor allem das Bereitstellen von Flächen für hemmungslose Spekulation und Profitsuche geblieben sowie das weitere Privatisieren öffentlicher Ressourcen.

Der überarbeitete Entwurf des neuen Flächennutzungsplans muss noch einmal ausgelegt werden. Gut so. Da kann noch einmal angeschaut werden, wie die Stadt Dortmund ihre Lage verkennt und ihre Zukunft spekulativ verplant. Die nachfolgende Generation wird es schwer haben, die Altlasten zu korrigieren, die jetzt zu Papier gebracht werden, zumal in Dortmund schon heute im Vorgriff auf deren Zahlungsfähigkeit geplant und gebaut wird.

Der neue Flächennutzungsplan wird auch in der veränderten Fassung von der kommunal aktiven Linke abgelehnt.

Übrigens: Inzwischen wäre es wohl an der Zeit, von Ostdeutschland zu lernen, wohin die Ausplünderung führt. Dort sind Anzeichen einer Besinnung zu erkennen - die ersten Städte verabschieden sich aus der Standortkonkurrenz à la dortmund-project und versuchen, in kooperativen Entwicklungskonzepten mit anderen Gemeinden noch vorhandene Ressourcen zusammenzuführen und sich gegenseitig zu stärken.



Prof. Wolfgang Richter

68 J., Architekt

Spitzenkandidat
für den Rat,

Kandidat im WK 8
und für die BV Ost

PS: Die Vertreterin des Linken Bündnis im Stadtrat, Astrid Keller, lehnte in der Ratssitzung vom Juni den Entwurf des Flächennutzungsplans ab.

Das jüngste Gerücht ...

Die Bombe platzte kurz vor den Sommerferien: Wie aus Kreisen der Verwaltung bekannt wurde, soll den städtischen Bediensteten Urlaubsgeld nur noch dann gezahlt werden, wenn es tatsächlich zur Finanzierung von Urlaubsreisen dient. Entsprechende Belege seien einzureichen.

Begründung: Schließlich liege der Sinn der Gewährung von Urlaubsgeld nicht in der Finanzierung der Abwesenheit vom Arbeitsplatz. Somit wurde das Urlaubsgeld seit Jahren von zahlreichen Nutznießern zweckentfremdet. Hiermit soll nun Schluß sein.

Die Verwaltung verspricht sich von dieser Maßnahme einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Wohl nicht zu Unrecht, da tatsächlich weniger Ferienreisen angetreten würden. Den Kämmerer wird es freuen.

D. V.

Die Ruhrstädte auf der Jagd nach Kaufkraft aus dem gemeinsamen Umland: Mit der „Leuchtturm Politik“ treiben sich die Kommunen gegenseitig in den Ruin

Kommentar von Hermann Sittner

„Standortpolitik“ ist gnadenloser Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen: Wer bietet die größten, die schönsten, die strahlendsten Leuchttürme? Denn nur diese allein können die Kaufkraft aus dem Umland anlocken!

Und deshalb baut Dortmund (oder will bauen) den „Leuchtturm“ 3do, die Überbauung des Hauptbahnhofs. Mit 30.000 qm Einzelhandelsfläche und 40.000 qm „Erlebnis-Welt“ – ein „event“ eben, nachdem das „Ufo“ bei uns nicht landen konnte. Dazu kommt noch (oder soll kommen) ein großes aber feines Hotel in Form eines geblähten Segels, das als „Landmarke“ gepriesen wird.

Aber da ist schon das „Centro“ in Oberhausen mit 70.000 Kunden pro Tag, und es erweitert seine Verkaufsfläche von 70.000 auf 74.000 qm und hält für die Jagd nach der Kaufkraft aus dem Umland weitere 18.000 qm Verkaufsfläche in der Hinterhand. Auch Essen und Duisburg planen den Bau neuer Einkauf- und Erlebniswelten.

Dazu kommt noch ein „Erlebnistempel“ in Oer-Erkenschwick, dessen Bürgermeister das „Maritimo-Freizeitparadies“ ebenfalls zum „Leuchtturm“ ernannt hat und jährlich 400.000 Besucher als Kaufkraftbesitzer anlocken will.

Dabei sollte doch klar sein: Wer sein Geld nach Oberhausen trägt, kann es

nicht in Dortmund ausgeben – oder umgekehrt.

Und noch ein „Leuchtturm“ soll in Dortmund entstehen: Der Phoenix-See mit Yachthafen und anderen „gehobenen“ Freizeitangeboten und dazugehörendem „gehobenen“ Wohnungsbau und der Ansiedlung von Firmen der „gehobenen“ MST-factory.

Da hält Düsseldorf gegen: Mit 19.000 Wohnungen für 35.000 Menschen und der Ansiedlung von Unternehmen der IT-Branche auch am Rheinufer. Auch dort hofft man auf „besser Betuchte“. Bis 2009 sollen zudem rund 5000 neue Eigenheime entstehen.

In diesem real-kapitalistischen Monopoly treiben sich die Kommunen gegenseitig in den Ruin – und wir bezahlen die Rechnung. Mit unseren Steuern und Gebühren, mit den Kürzungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Erziehung und Schule, Gesundheit und Kultur.

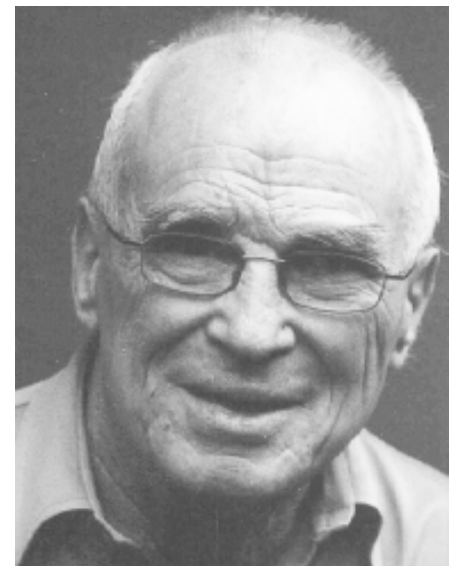
Auch innerstädtisch wird der Konkurrenzkampf des Einzelhandels schärfer. In der City gibt es 200.000 qm Verkaufsfläche. Dazu treten in Konkurrenz die geplanten 30.000 bis 35.000 qm Verkaufsfläche im 3do-Projekt und die geplanten rd. 15.000 qm Verkaufsfläche im Umfeld des Dortmunder „U“.

Es wird eng für den Einzelhandel in der City und dem unmittelbaren Umfeld. Die Pleitegeier kreisen...

Ich meine, wir müssen brechen

mit dieser anarchischen „Leuchtturm“-Politik der Konkurrenz und hinkommen zu einer Politik der Zusammenarbeit der Kommunen zu gegenseitigem Nutzen und fairem Interessenausgleich.

Denn: Es kann nicht darum gehen, sich gegenseitig Kaufkraft abzuja-gen, sondern darum, Kaufkraft zu schaffen. Und das geht nur über die Schaffung von Arbeitsplätzen.



Hermann Sittner

69 J., Tischler, Journalist, Rentner, verh., ein erwachsener Sohn, Bezirksvertreter Innenstadt-West, Mitglied der DKP und der Deutschen Journalisten-Union (ver.di), Spitzenkandidat für die BV West

... und noch ein Gerücht

Neue Leuchttürme braucht die Stadt

Der Erfolg von „Lichtkunst“ zur Wiederbelebung des stillgelegten Hochofens auf Phoenix führte in der Stadtverwaltung zu ersten Überlegungen, weitere nicht mehr genutzte Immobilien nicht länger ihrem Schicksal zu überlassen und in kulturelle Events zu verwandeln.

Nächstes Objekt, das durch Licht-

kunst zu neuem Leben erweckt werden soll, ist das erst vor wenigen Jahren neu gebaute, jetzt leerstehende ehemalige Bekleidungskaufhaus Boecker.

Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, weitere interessante und herausragende Gebäude – stillgelegte Fabriken, leerstehende Büro- und Warenhäuser – zu benennen.

Die Verwaltung ist sicher, mit dieser neuen Dimension von „Leuchtturmpolitik“ auf allgemeine Zustimmung und Anerkennung, auch über die Stadtgrenzen hinaus, zu stoßen. Finanzkräftige Sponsoren sollen die neuen Leuchttürme zum Leuchten bringen. So wird dann Dortmund bald in ganz neuem Glanz erstrahlen. *D. V.*

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen - den Nazis die rote Karte!

Mehr als 1.000 Menschen demonstrierten am 19. Juni in Hörde gegen Neofaschisten, die den geplanten Bau einer Moschee zum Anlass nahmen, ausländerfeindliche Parolen und Hetze gegen Linke zu verbreiten.

Für das Bündnis gegen Rechts hielt Ursula Richter folgende Rede:

[...] Wieder einmal dürfen Nazis durch Dortmund marschieren, diesmal durch Hörde, vorbei an einem Wohngebiet mit vielen ausländischen Familien [...].

Aufhänger für ihren Aufmarsch ist die geplante Moschee und Wohnbebauung am Grimmelsiepen. Dagegen hetzen die „Stiefelfaschos“ so wie ihre Gesinnungsgenossen im „Nadelstreifen“: „Hörde wird eine türkische Stadt“, ein „Kleinanatolien“, eine „Großmoschee“ entsteht. Mit solchen und ähnlichen Parolen wollen sie das Klima in Hörde vergiften.

Die Nazis rechnen sich aus, daß ihre Ausländerhetze hier auf fruchtbaren Boden fällt: bei Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz und keine Perspektive haben, bei Menschen, die Angst vor Arbeitslosigkeit haben oder arbeitslos sind, bei Familien, die ihre Miete, Strom- und Heizkosten nicht mehr bezahlen können. Sie wollen die Sorgen, die Existenzangst, die Zukunftsangst auf „die Ausländer“ lenken.

Aber nicht die Ausländer sind in Hörde, im Dortmunder Norden oder anderswo das Problem, sondern die unsoziale Politik, die „Ausländer“ und „Inländer“ gleichermaßen trifft.

Massenarbeitslosigkeit und soziales Elend waren schon einmal Nährboden für Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und haben zu Faschismus, Krieg und Barbarei geführt. Bevor die Menschen brannten, brannten die jüdischen Gotteshäuser, auch die Synagoge hier in Hörde.

Auch wenn sich Geschichte nicht in den gleichen Mustern wiederholt: wir sind gewarnt.

Die Nazis, die hier gegen eine Moschee hetzen, hetzen in Bochum gegen eine Synagoge und sie schrecken vor keinem Verbrechen zurück. Stellvertretend für die vielen Anschläge, Überfälle und Morde (in der Presse findet davon nur noch ein kleiner Teil Erwähnung) nenne ich das geplante Bombenattentat in München zur Grundsteinlegung einer Synagoge vor einem Jahr.



Gemeinsam gegen Rechts

Faschisten haben eben nicht „mißliebige Meinungen“, es sind Menschen mit einer verbrecherischen Ideologie, die zu verbrecherischen Taten führt. [...]

Das Verbotsgesuch des Bündnis Dortmund gegen Rechts, dem sich als Mitglieder im Bündnis die VVN/BdA, das Dortmunder Friedensforum, das Linke Bündnis Dortmund, dazu die Vereinigung Demokratischer Jurist/innen Bochum/Dortmund und Attac Dortmund angeschlossen hatten, wurde abschlägig behandelt.

Leider haben die „staats- bzw. stadttragenden Kräfte“ keine Initiativen ergriffen, die einem Verbotsgesuch mehr Nachdruck verliehen hätten.

Dabei sollten doch alle, die sich hier

heute im Protest versammeln, die Ziele der Nazis kennen: den Kampf um die Köpfe, den Kampf um die Straße und den Kampf um die Parlamente entfachen, anheizen und gewinnen.

Den beiden ersten Zielen - im Kampf um die Köpfe und um die Straße - wollen die Stiefelnazis heute ein Stück näher kommen. Das dritte Ziel - den Kampf ums Parlament - haben sich die Nadelstreifen Nazis für die anstehende Kommunalwahl vorgenommen.

Es ist allerhöchste Zeit, das Verharmlosen zu beenden.

Wer den Aufmarsch unerträglich findet - so äußerte sich das sogenannte „Breite Bündnis“ (*gemeint ist das Bündnis von DGB, Kirchen, SPD und Grüne, das sich nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen mit dem „Bündnis gegen Rechts“ entschliessen konnte, D.V.*) - sollte alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die unser Grundgesetz bietet, um die Faschisten zu stoppen.

Wer den Aufmarsch der Nazis unerträglich findet, sollte dagegen mit einem wirklich breiten Bündnis vorgehen. Dazu gehören insbesondere auch die antifaschistischen Initiativen und Verbände, dazu gehört die Linke, dazu gehört die bunte und engagierte Jugend in unserer Stadt.

Die Lippen spitzen reicht nicht, es muß gepfiffen werden - den Nazis die rote Karte!

Nein zu Nazi-Aufmärschen und Nazi-Propaganda! Ja zur multikulturellen Gesellschaft! Was denn sonst?



Ursula Richter kandidiert für die BV Hörde

Das Unternehmerlager an der Ruhr radikalisiert sich: APO von rechts soll "zentrale Planwirtschaft" beseitigen

Radikales aus Dortmund. Manches liest sich zunächst wie eine alte Stamokap-Analyse. Der Konzern muss entflochten werden. Seine Betriebe sollten verkauft und entschuldet werden im Interesse des Bürgers. Zumindest aber soll er demokratisiert werden. Der Konzern, das ist die Stadt Dortmund. Und er soll auch nicht in den Besitz der Bürger übergehen, sondern in private Hände, die nicht länger von "zentraler Planwirtschaft" gefesselt bleiben sollen. Und da hört es sich dann wieder wie die Losung "Freiheit oder Sozialismus" von 1980 und 1990 an. Und da hört es auch auf mit der Kritik am Monopolkapital. **Das "Weißbuch" des "Bürgerforums Phönix", das jetzt in Dortmund vorgelegt wurde, entpuppt sich als der Forderungskatalog eines neuen rechten Unternehmerverbandes, dessen Inhalt man in Teilen schon beim Rechtsaußen operierenden Bund der Selbständigen las.**

Doch das Bürgerforum operiert nicht zugunsten einer Partei, wird auf der Pressekonferenz der zwanzig Millionäre - als Gründungsmitglieder tätig - versichert. Nein, es operiert zugunsten von zwei Parteien: der CDU wie der FDP, das ist am abgedruckten "Politbarometer" ablesbar.

Der ganze Verein hat eine längere Vorgeschichte, die spätestens vor fünf Jahren begann. Da stellte die CDU in Nordrhein-Westfalen bei den Kommunalwahlen fast überall statt der altgedienten Kader die dynamischen Männer der Wirtschaft als Oberbürgermeisterkandidaten auf. In Dortmund war das Dr. Volker Geers, der nur knapp dem SPD-Mann Dr. Gerhard Langemeyer unterlag. Geers zog das ganze Programm des "Antifilz" und der "Organisierung der Stadt wie einen Wirtschaftsbetrieb" ab. Er fand die Unterstützung "der Wirtschaft", die - wie jetzt bekannt wurde - sogar aus der Kasse eines Unternehmens der Industrie- und Handels-

kammer Zigtausende an den Kandidaten und die CDU rüberschob.

Dieses Jahr will die CDU nicht mehr mit einem Wirtschaftsboss zur Kommunalwahl antreten, dem zog sie einen jüngeren Postangestellten namens Frank Hengstenberg vor, der sogar mal eine Lippe gegen große Konzerne riskiert, die Dortmund ihre kontaminierten Immobilien für zu teures Geld verkauft hätten. Die Mehrheitsverhältnisse im Dortmunder Rathaus werden daher für Vergangenheit wie Zukunft negativ eingeschätzt von Seiten der Geers und Co. [...]



*Alter Wein in alten Schläuchen:
Unternehmer fordern Privatisierungen*

Nun tritt also der Unternehmerkreis um den Hörgeräte-Chef Volker Geers, um Verleger Bodo Harenberg, den Immobilienhändler Rolf Bierwirth doch an, und zwar als Unternehmer-Apo mit Stoßrichtung gegen die Langemeyer-SPD. Der OB von heute soll keinesfalls wiedergewählt werden, denn er beherrsche die Medien der Stadt, weise die klugen Ratschläge des Unternehmerlagers ab und besetze die Posten mit seinen altgedienten Parteifreunden, die sich in städtischen Wirtschaftsbetrieben breit machten, obwohl sie nicht den Sachverstand wirklicher Bosse hätten. Diese Wirklichen möchten gern ans Eingemachte der Stadt, an die Stadtwerke mit ihren vielen Beteiligungen heran.

Und so werden SPD und Teile der

CDU für alles und jedes herangezogen, was sich als Missstand nennen lässt. So, dass man zum Dortmunder Flughafen eine längere Fahrzeit benötigt als zum Düsseldorfer. So, dass es mit dem Bahnhofbau nicht vorangehe und auch andere "Leuchtturmprojekte" wie der geplanten Phönix-See nichts taugten. Bei der Lebenserwartung der Männer liege Dortmund unter 400 Kommunen an 317. Stelle, und Reformen hätten es hier "gegen viele Widerstände und verkrustete Strukturen" besonders schwer.

Und schließlich bringt der neue

Unternehmerverein auch eine völkisch-nationalistische Glocke zum Klingen.

Wo die Neonazis ihr "Ich bin stolz darauf ein Deutscher zu sein"-T-Shirt tragen und die Rechtskonservativen von der "deutschen Leitkultur" schwafeln, da fand das Bürgerforum diese zierliche Formulierungen: "Je mehr wir uns unserer

eigenen Werte und Stärken bewusst werden, umso leichter wird es uns fallen, mit Fremden umzugehen" - von denen es mit 12,8 Prozent ausländischem Bevölkerungsanteil und 24,5 ausländischen Haushalten natürlich in Dortmund viel zu viele gibt. (Seite 50 des "Weißbuchs") Und so fordert der Unternehmerverein, es gelte "in der Dortmunder Nordstadt" der "sog. Ghettobildung von ausländischen Volksgruppen (!) zu begegnen" und zwar "in einer Art konzertierter Aktion aller beteiligten Gruppen und Institutionen". Denn die "Fähigkeit mit Neuem, Ungewohnten und Fremdem umzugehen, verlangt nach eigener Stärke und Sicherheit."

Kommt er nun durch die Hintertür, der "starke Mann" Volker Geers?

Links denken – links handeln – links wählen!

Links und engagiert – Kandidatinnen und Kandidaten des Linken Bündnis Dortmund für die Kommunalwahl

In diesem und im nächsten Rundbrief stellen sich einige von ihnen vor.

Sie stehen stellvertretend für alle anderen – alte und junge, Auszubildende, Studenten und Rentner, Menschen mit und ohne Arbeit, Parteilose und Mitglieder von DKP oder SDAJ –, die gemeinsam im Linken Bündnis Dortmund eintreten für eine andere Politik.



Herbert Reker

74 J., Schriftsetzer, Rentner, verh., 4 Kinder und 4 Enkelkinder, Mitglied der Gewerkschaft IG-Druck u. Papier (jetzt ver.di) und im Dortmunder Friedensforum

„Ich bin 1995 aus der SPD ausgetreten, weil sie ohne große Gegenwehr dafür stimmte, dass deutsche Soldaten wieder einmal ausserhalb Deutschlands kämpfen. Ich will aus dem Kreis der Zuschauer heraustreten, denn noch nie ist die Lage der Menschen auf dem Globus so ernst gewesen. Ich will daran mitarbeiten, dass der Zug in die richtige, in die menschliche Richtung fährt.“

Kandidat im WK 21, für den Rat der Stadt und Spitzenkandidat für die BV Brackel



Ursula Richter

64 J., Malerin und Zeichnerin, verh., 3 erwachsene Kinder, ein Enkelkind, Mitglied im Dortmunder Friedensforum, in der VVN/BdA und im Bündnis Dortmund gegen Rechts

„Der Appell »Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg« begleitet mich bei meinem Engagement gegen Kriege wie die gegen den Irak, gegen Jugoslawien, gegen Afghanistan und gegen rechte Hetze, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Zum Widerstand will ich meinen Teil beitragen.“

Kandidatin im WK 29 und für die BV Hörde



Doris Borowski

60 J., zwei erwachsene Töchter, Gesamtschullehrerin, Mitglied in der GEW und in der DKP

„Jedes Kind hat ein Recht auf eine allseitige Bildung und Förderung. Es braucht eine gute Ausbildung, einen Arbeitsplatz, eine gesunde Umwelt und Frieden. Dafür setze ich mich ein.“

Kandidatin im WK 32 und für den Rat der Stadt



Jan Tacke

29 J., Sozialpädagoge, Mitglied in der SDAJ, in der DKP, in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba sowie beim FC St. Pauli

„Meckern allein reicht nicht aus. Die Jugend braucht ein Sprachrohr im Parlament: für Ausbildungsplätze, für selbstbestimmte Freizeitgestaltung, gegen Nazis.“

Kandidat im WK 11, für den Rat der Stadt und für die BV In-West



Hayel Bakirli

26 J., Studentin

„Ich will mich für die Belange der nördlichen Innenstadt starkmachen. Soziale und kulturelle Angebote, Hilfen für Kinder und Jugendliche müssen ausgebaut und abgesichert werden.“

Kandidatin im WK 4, für den Rat der Stadt und für die BV In-Nord



Pilar González

47 J., verh.,
3 Kinder, ein Enkelkind,
Apothekenhelferin,
Dolmetscherin,
spanische Staatsbürgerin,
seit 1964 in Dortmund
Mitglied
im Ausländerbeirat

„Wichtig ist mir die Arbeit mit linken MigrantInnen und Deutschen, die sich für mehr politische Rechte und eine aktive Förderung der Integration für MigrantInnen in Dortmund einsetzen.“

Kandidatin im WK 6
und Spitzenkandidatin für die BV In-Ost



Willi Hoffmeister

71 J., Stahlarbeiter,
Rentner,
Bezirksvertreter
Innenstadt-Nord,
Mitglied der DKP,
der IG-Metall,
bei der DFG-VK und
der VVN/BdA,
Kleingärtner

„In meiner langjährigen Arbeit als aktiver Gewerkschafter, als Friedensaktivist der Ostermarschbewegung oder im Bundesausschuss Friedensratschlag, auch bei der Arbeit in der antifaschistischen Bewegung, im Bündnis gegen Rechts, ist mir bewusst geworden, wie eng doch die inhaltlich unterschiedlichen Themenfelder ineinander greifen.

Mit einer notwendigen außerparlamentarischen Unterstützung ist es auch kleinen Gruppen oder Einzelmitgliedern in Parlamenten möglich, etwas zu bewegen. Wenn sich die Wahlfrustrierten ihrer Kraft einmal bewusst werden und den nötigen Druck entwickeln, wird das garantiert die Etablierten zum Laufen bringen.“

Kandidat im WK 3
und Spitzenkandidat für die BV In-Nord



Petra Wilkins

36 J., Pharmazeutisch-
Technische-Assistentin,
alleinerziehende Mutter,
Mitglied bei Greenpeace,
und bei Tierschutz-
organisationen

„Ich möchte mich für die Interessen der BürgerInnen einsetzen, nicht für die Interessen der Wirtschaftslobby.“

Kandidatin im WK 12,
für den Rat der Stadt und für die BV In-West

Andreas Bertzkat

Kandidat
im WK 25



Spendenaufruf Der Schein trägt ...

... das Linke Bündnis Dortmund lebt nicht von Schampus und verfügt auch nicht über eigenes Personal. Und finanzstarke Unternehmer lassen uns links liegen.

Deshalb: Jede Unterstützung wird dringend gebraucht!

(Spendenkonto: 181033169 Stadtsparkasse Dortmund, BLZ 44050199)

Das Foto zeigt Mitglieder des Linken Bündnis während des „Bonzen-Auftritts“ am 1. Mai.

*Anke Borowski (li) kandidiert für die BV Hombruch und für den Rat,
Susanne Matull für die BV Hombruch*



Nachlese ...

In der Veranstaltungsreihe „Gegenwartsprobleme und Zukunftsfragen an Kommunalpolitik“ bot das Linke Bündnis Dortmund mittlerweile drei spannende und überaus interessante Diskussionsrunden.

Den Anfang machte im April der Frankfurter Sozialwissenschaftler **Prof. Rainer Roth** mit dem Thema „**Nebensache Mensch – Arbeitslosigkeit in Deutschland**“.

Es folgte im Mai eine Veranstaltung zum Privatisierungswahn der Kommunen: „**Schlanke Stadt – Fette Beute**“. Hauptreferent war **Dr. Werner Rügemer** von der Uni Köln, der kompetent und dabei ausgesprochen launig über Klüngel & Korruption in seiner Heimatstadt Köln, beispielhaft für zahlreiche andere Kommunen, berichtete. Er benannte die (kapitalkräftigen) Profiteure von Privatisierungen und entlarvte die Behauptungen, private Leistungen seien besser und preisgünstiger als öffentliche, als: „profitable Lügen“. „Die bürgerliche Demokratie wurde so pervertiert“.

In Ergänzung zeigte die Architektin Irina Vellay anhand der Entwicklung der ehemaligen Autostadt Detroit (USA) die verheerenden Folgen auf, die durch die Politik des „Public Privat Partnership“ für die Kommunen zu befürchten sind.

Als dritter an dem Abend erläuterte Prof. Wolfgang Richter, Architekt und Spitzenkandidat des Linken Bündnis Dortmund, wie zunehmend die kommunale Politik durch private Gutachtertätigkeiten auf allen Ebenen bestimmt wird und das Private die Politik dominiert.

Im Juni dann die Veranstaltung „**Stadt für die Menschen statt Stadt für Autos, Beton und Profite**“ mit

Dr. Winfried Wolf, Verfasser des Klassikers „Eisenbahn und Autowahn“ und weiterer verkehrswissenschaftlicher und anderer Publikationen.

Faktenreich entlarvte er die Lügen, mit denen Privatisierung und Abbau des öffentlichen Personennahverkehrs vorangetrieben werden, und belegte auf der anderen Seite den zerstörerischen Wahnsinn des wachsenden Personen- und Lastwagenverkehrs für Menschen, Städte, Umwelt und Volkswirtschaft.

Polyzentrale statt monozentrale Städte, Verkehr vermeiden, verlagern und vernetzen – so skizzierte er die Elemente einer alternativen Verkehrspolitik.

Wer an diesen Abenden nicht dabei war, hat viel verpasst!

... und Vorschau

Die konzerngesteuerte Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral!

Globalisierung, Krieg und die Lage der Frauen in Zeiten des Empire
mit Ellen Diederich (Frauenfriedensarchiv Oberhausen)

Eine Veranstaltung des Linken Bündnis Dortmund
am Donnerstag, den 15. Juli, um 19.00 Uhr im Dietrich-Keuning-Haus

Veranstaltungen

- | | | |
|--------|---------------|---|
| 06.07. | 19.00 Uhr | im Z
Aktivtagung des Linken Bündnis Dortmund |
| 14.07. | 18.00 Uhr | in der Rheinischen Str. 76-78
Deutsch-Kurdischer Kulturverein:
Gesprächsrunde zur Kommunalwahl mit Kandidatinnen und Kandidaten |
| 15.07. | 19.00 Uhr | im Dietrich-Keuning-Haus
„Globalisierung, Krieg und die Lage der Frauen in Zeiten des Empire“
mit Ellen Diederich, Frauenfriedensarchiv Oberhausen |
| 19.07. | 18.00 Uhr (?) | im Holliday Inn an der Kleppingstraße
WR und Radio DO 91,2: „Tacheles“ - Podiumsrunde mit OB KandidatInnen
(der Kandidat der Dortmunder Linken, Ulrich Sander, wurde nicht eingeladen) |
| 22.07. | 19.00 Uhr | im Z
„Die politische Erklärung der DKP - der Entwurf für den 17. Parteitag im Febr. 2005“
Einleitung: Wolfgang Richter
öffentliche Mitgliederversammlung der DKP |

Jeden Donnerstag von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Z „**Sprechstunde**“ **des Linken Bündnis Dortmund**

Das Z ist das Zentrum für Politik und Kultur der DKP Dortmund in der Oesterholzstraße 27